

Laurenz Meyer: Die CDU setzt ihre Kampagne gegen die K.O.-Steuer fort und wird so lange nicht Ruhe geben, wie das De-saster kein Ende nimmt.

BSE: CDU will finanziellen Ausgleich für die Bauern

Eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Zukunft einer verbraucherfreundlichen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft befasst, wollen CDU und Bauernverband bilden.

Darauf haben sich Angela Merkel und der Präsident des Deutschen Bauernverbands

(DBV), Gerd Sonnleitner, am 6. Dezember in einem Gespräch im Konrad-Adenauer-Haus verständigt. Angesichts erheblicher Kostenbelastungen durch die Bekämpfung von BSE wollen die deutschen Bauern neue Wege gehen.

Fortsetzung Seite 2

INHALT

BUNDESHAUSHALT

Friedrich Merz:

Wir sind ein prima Land, aber wir werden miserabel regiert. Redeauszüge aus der Bundestagsdebatte

SEITE 4 – 7

DOKUMENTATION

Europa vereinigen – Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung. Beschluss des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik

INNENTEIL

Fortsetzung von Seite 1

Die Gesundheit der Menschen hat absoluten Vorrang. Die strikten Regelungen, die ab sofort in Deutschland gelten, werden ohne Einschränkung erfüllt. Aber die Wettbewerbsverzerrungen, die der Beschluss der europäischen Agrarminister vom 4. Dezember nach sich zieht, müssen ausgeglichen werden.

Noch vergangene Woche hat Landwirtschaftsminister Funke den CDU-Landwirtschaftspolitikern zugesagt, dass er alles, was für Deutschland gelten soll, auch bei seinen europäischen Kollegen durchsetzen werde.

Daraus ist nichts geworden. Die deutschen Bauern ■ müssen künftig Sojaschrot verfüttern, dessen Preis auf dem Weltmarkt um bis zu 20% teurer geworden ist, ■ sehen Kosten in Höhe von bis zu 200 Mark pro BSE-Test auf sich zukommen, der in Deutschland für jedes über 30 Monate alte Rind verbindlich ist, und ■ haben mit Belastungen für die Tiermehlverbrennung zu rechnen.

Die Parteivorsitzende hat an die Bundesregierung die

RECHENSCHAFTSBERICHTE

Nach sorgfältiger Prüfung möglichst schnell entscheiden

Zur Entscheidung des Bundestagspräsidenten bezüglich der Rechenschaftsberichte der Parteien erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer:

Der CDU ist es gelungen, die offenen finanziellen Fragen der Vergangenheit aufzuarbeiten und mit dem geänderten Rechenschaftsbericht 1998 sowie dem Rechenschaftsbericht 1999 Dokumente vorzulegen, die nach intensiver Prüfung durch die Bundestagsverwaltung als korrekt bewertet worden sind und damit zur Zahlung der staatlichen Zuwendung geführt haben. Dies ist ein sehr erfreuliches Ergebnis.

Damit hat die Bundestagsverwaltung nunmehr die Prüfung der Rechnungslegung zwischen 1989 und 1998 weitestgehend abgeschlossen und die Unsicherheit über weitere Sanktionen beseitigt. Die finanziellen Planungen der Partei können damit auf einer gesicherten Grundlage fortgeschrieben werden.

Die Entscheidung des Bundestagspräsidenten, dass die CDU weitere Sanktionen in Höhe von 3,4 Millionen DM zu zahlen hat, werden wir einer sorgfältigen Prüfung unterziehen und möglichst kurzfristig entscheiden, ob gegen diese Festsetzung Klage erhoben wird.

Forderung gerichtet, für die einseitigen Kostenbelastungen der deutschen Bauern aufzukommen. Angela Merkel: „Eine angemessene Kompen-

sation muss schnell erfolgen. Und: Für den Verbraucherschutz in Europa müssen in allen Mitgliedsländern dieselben Vorschriften gelten.“

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Die CDU wird so lange nicht Ruhe geben, wie das **Desaster** kein Ende nimmt

Anlässlich der bevorstehenden dritten Stufe der so genannten Ökosteuern erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer:

Bei Herrn Schröder scheint es zum eisernen Prinzip geworden zu sein, dass jedem seiner Gesetze ein Gesetz zur Korrektur folgen muss. Reparaturen machen jedoch immer nur dann Sinn, wenn der zu reparierende Gegenstand anschließend hilfreich oder nutzbringend ist. Bei der Ökosteuern ist das nicht der Fall. Sie gehört auf den Schrottplatz der rot-grünen Fehlentscheidungen.

■ **Diese (Ö)k.o.steuern stellen den Umweltgedanken auf den Kopf.** Nicht nur Autofahrer werden belastet. Diese Kröpfsteuer trifft in gleichem Maße Bus und Bahn und den gesamten ÖPNV. Wind und Sonnenenergie wird ebenso besteuert wie Energie, die aus Kohle gewonnen wird.

■ **Diese (Ö)k.o.steuern sind ungerecht,** weil sie große und kleine Betriebe unterschiedlich behandelt. Der Bundesfinanzhof hat das klargestellt, und das begrüßen wir. Denn jetzt muss

sich das Bundesverfassungsgericht damit beschäftigen.

■ **Diese (Ö)k.o.steuern sind ein Bürokratieprogramm.** Da wird eine Steuer erhoben, mit X Ausnahmeregelungen, die zu erheblichem Mehraufwand bei der Steuererhebung und Prüfung führen. Statt mehr Transparenz schafft Schröder Ungerechtigkeit und mehr Bürokratie.

■ **Diese (Ö)k.o.steuern vernichten Arbeitsplätze.** Durch die nationale Besteuerung von Energie entsteht eine Wettbewerbsverzerrung, die den Aufschwung erheblich belastet. Nach jüngsten Schätzungen befürchtet man allein in der Logistikbranche 10.000 Unternehmensschließungen. Das wäre ein Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen.

■ **Diese (Ö)k.o.steuern sind unsozial.** Das hat auch Schröder begriffen, sonst würde er nicht gleich wieder hinterherarbeiten müssen. Es ist schon ein eigenartiger Vorgang: Zuerst zieht Schröder den Leuten das Geld aus der Tasche, um ihnen anschließend einen geringeren Betrag über Entfernungs- pauschale oder Heizkosten-

zuschuss zurückzugeben. Damit treibt dieser Kanzler Menschen, die vorher eigenständig waren, in die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen.

Jedes Jahr beginnt mit einer Steuerlüge

Am 6. September 1998, noch vor der Bundestagswahl hat er versprochen: „Benzin 6 Pfennig teurer. Das ist das Ende der Fahnenstange.“ Bereits mit der zweiten Stufe der Ökosteuern hat sich diese Aussage als Lüge entpuppt. Nach seinen Plänen soll jedes Jahr bis 2003 mit einer Steuererhöhung beginnen. – Und damit beginnt Schröder jedes neue Jahr mit einer Steuerlüge.

Die CDU ist nicht bereit, ihm das durchgehen zu lassen. Wir setzen unsere Kampagne gegen die K.O.-Steuer fort. Die CDU wird jedenfalls nicht eher Ruhe geben, bis das Desaster ein Ende hat. Diese K.O.-Steuer muss weg! Wenn Schröder es nicht einsieht, dann werden wir eben dafür sorgen. Spätestens 2002.

FRIEDRICH MERZ:

Wir sind ein **prima Land**, aber wir werden miserabel regiert

Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 2. Lesung des Bundeshaushalts 2001 zum „Einzelplan 04“ (Bundeskanzler und Bundeskanzleramt) am 30. November:



In aller Klarheit und Deutlichkeit: CDU und CSU sind Parteien der Mitte

Herr Bundeskanzler, Sie haben es für richtig gehalten, nach Ihrer ansonsten sehr ruhigen und sachorientierten Rede zum Schluss doch wieder zu spalten.

Deswegen will ich Ihnen zu Beginn, bevor ich auf die einzelnen Themen zu sprechen komme, in aller Ruhe, aber auch in aller Klarheit und Deutlichkeit sagen: Hier in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sitzen nicht die deutschen Konservativen, sondern die deutschen Christdemokraten – die Christlich Demokratische und die Christlich-Soziale Union – als Parteien der Mitte und nicht der Rechten.

Wir dürfen die Landwirte nicht alleine lassen

Sie haben das Problem angesprochen, das die Menschen in diesem Land in diesen Tagen besonders beschäftigt und bewegt, nämlich die BSE-Krise und die Konsequenzen für die menschliche Ernährung und die Gesundheit. Ich gebe Ihnen gerne die Zusage, dass wir mit Ihnen zusammen alles tun werden, damit so schnell wie möglich ein größtmögliches Maß an Verbraucherschutz sichergestellt bzw. dort wieder hergestellt wird, wo es möglicherweise angezweifelt wird.

Herr Bundeskanzler, wir erwarten von Ihnen ebenfalls, dass die Bundesregierung entgegen ihrer bisher-

gen Gewohnheit auch den Landwirten in der Bundesrepublik Deutschland eine angemessene Hilfe für die Azufälle zukommen lässt, die sie in diesen Tagen und Wochen haben. Wir dürfen die Landwirte, die zum Teil in einer existenzbedrohenden Lage sind und die gerade in diesen Tagen und Wochen weiter in Schwierigkeiten geraten, nicht alleine lassen. Sie geraten nicht in Schwierigkeiten, weil sie die industrielle Produktion gewollt haben, sondern weil die Politik die Rahmenbedingungen so geschaffen hat, dass es nicht mehr anders ging.

Wachstum, wie Sie es 1998 vorgefunden, haben

Ich komme nun zu den eigentlichen Themen, die diese Debatte bestimmen sollen: den Bundeshaushalt, die Wirtschaftspolitik, die Arbeitsmarktpolitik und die Sozialpolitik. Herr Bundeskanzler, damit sich in der öffentlichen Wahrnehmung keine falschen Eindrücke festsetzen: In diesem Jahr hat

die Bundesregierung – ich sage das mit Leidenschaft und Freude – ein wirtschaftliches Wachstum zu verzeichnen, das genauso hoch ist wie das Wachstum im letzten Jahr der Regierung der alten Koalition. Ich beglückwünsche Sie dazu, dass Sie im zweiten Jahr der Regierungstätigkeit das Wachstum wieder erreicht haben, das Sie vorgefunden hatten, als Sie 1998 gewählt worden sind.

Schwache Binnenkonjunktur

Das gegenwärtige wirtschaftliche Wachstum Deutschlands wird ganz überwiegend vom Export getragen. Der Export ist in den letzten Monaten deswegen so gut gelaufen, weil er weitgehend von der Schwäche des Euro profitiert. Darüber kann sich aber Deutschland in Wahrheit doch niemand freuen, da die Schwäche des Euro unsere starke Abhängigkeit vom Export und gleichzeitig die Schwäche der Binnenkonjunktur zeigt.

Ökosteuer – für viele Unternehmen das Aus

Der entscheidende Vorwurf, den wir Ihnen machen:

Sie fokussieren Ihre Wirtschaftspolitik auf die großen Einheiten, auf die großen Unternehmen. Wenn Sie das bestreiten, dann nehmen Sie die Lebenswirklichkeit in Deutschland nicht mehr wahr.

Die kleinen und mittleren Unternehmen stehen zum Teil mit dem Rücken an der Wand. Und wenn am 1. Januar 2001 die dritte Stufe der Ökosteuer in Kraft tritt, dann wird die Politik, insbesondere die Steuerpolitik, die Sie in Deutschland machen, für viele Unternehmen gerade im Transportgewerbe das Aus bedeuten.

Was Sie machen, ist keine Sparpolitik

Selbstverständlich bemühen Sie sich darum zu sparen. Wer wollte das nicht unterstützen und dort, wo es richtig und möglich ist, nicht auch lobend und voller Freude erwähnen? Aber glauben Sie nur nicht, dass die Leute ein so schlechtes Gedächtnis haben, dass keiner mehr weiß, dass der erste Haushalt, den Sie zu verantworten haben, nämlich der Haushalt, den Oskar Lafontaine eingebracht hat, gegenüber der Finanzplanung von Theo Waigel um 30 Milliarden DM aufgebläht ge-

wesen ist. Sie haben zunächst einmal die große Kelle herausgeholt, 30 Milliarden DM mehr ausgegeben und anschließend reden Sie in kleinen Schritten über das Sparen. Das ist keine Sparpolitik.

Aus immer mehr älteren Arbeitslosen werden Rentner

Die tatsächliche Lage auf dem Arbeitsmarkt – wie sieht denn die Wirklichkeit aus? Die statistisch erfasste Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im Jahre 1998 wirklich zurückgegangen. Im Jahr 1998, vor Ihrer Regierungsbüchereiübernahme, hat es in Deutschland eine Reduzierung der Arbeitslosenzahl um ungefähr 400 000 gegeben.

Seit 1999 verlassen Sie sich nur noch darauf, dass in der Arbeitslosenstatistik die demographische Entwicklung so durchschlägt, dass aus immer mehr älteren Arbeitslosen Rentner werden.

Die einsetzende Beschäftigung abrupt gestoppt

Eine wirkliche Beschäftigungsdynamik, so wie sie in vielen anderen europäischen Ländern schon seit

längerer Zeit festzustellen ist, gibt es in Deutschland nicht. Die Gründe: Der Grad der Regulierung unseres Arbeitsmarktes nimmt wieder zu. Sie haben zu Beginn Ihrer Regierungstätigkeit eine ganze Reihe von Maßnahmen, mit denen der Arbeitsmarkt in Gang gebracht worden ist, rückgängig gemacht: Neuregelung der 630-Mark-Beschäftigungsverhältnisse, Lockerung des Kündigungsschutzrechtes, Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes. Sie haben dadurch die in Deutschland einsetzende Beschäftigungsdynamik abrupt gestoppt.

Teilzeitbeschäftigung – ein Förderprogramm für die Amtsgerichte

Herr Bundeskanzler, Sie sind in Ihrer Rede sehr ausführlich auf die Teilzeitbeschäftigung eingegangen. Auch hier stimmen wir Ihnen grundlegend zu: Wir brauchen in Deutschland mehr Teilzeitbeschäftigung. Wer will das bestreiten? Aber Sie sind sich offensichtlich über die Konsequenzen dieser Regelung überhaupt nicht im Klaren. Was ist jetzt geschehen? Es

ist jetzt gesetzlich festgeschrieben worden, dass der Arbeitnehmer die Hauptleistungspflicht, die in seinem Arbeitsvertrag geregelt ist, einseitig zu seinen Gunsten ändern kann.

Das Einspruchsrecht des Arbeitgebers beschränkt sich auf dringende betriebliche Gründe. Ergebnis ist: Dies ist ein Beschäftigungsförderungsprogramm für die Arbeitsgerichte, aber nicht für die Arbeitnehmer in Deutschland. In Zukunft wird jeder Arbeitgeber in diesem Land vermeiden, neue Mitarbeiter auf Arbeitsplätzen einzustellen, die teilzeitgefährdet sind.

Ihr neues Betriebsverfassungsgesetz: ein Beitrag zur Stärkung der Funktionäre

Sie haben das Betriebsverfassungsgesetz angesprochen. Dazu eine Vorbemerkung: Wir wollen den Kernbestand der Mitbestimmung in Deutschland aufrechterhalten und dort, wo es nötig und möglich ist, auch fortentwickeln. Herr Bundeskanzler, das, was jetzt als Eckpunkte des Bundesarbeitsministers veröffentlicht worden ist, ist jedoch kein Beitrag zur Fortentwicklung der betrieblichen

Mitbestimmung, sondern ein Beitrag zur Stärkung der Funktionäre gegen die Interessen der Belegschaften und der Betriebe.

Wir brauchen ein Einwanderungs- und Integrationsgesetz

Wir brauchen in den nächsten Jahren sehr viel mehr Beschäftigte, und zwar in Spitzenpositionen der Wirtschaft und der Wissenschaft genauso wie in vielen Betrieben mit ganz normalen Tätigkeiten. Diese Menschen müssen wir aus dem Ausland hinzugewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir eine Regelung bzw. eine Steuerung. Dazu müssen zwei Bedingungen erfüllt sein:

Die erste Bedingung ist, dass wir, bevor wir versuchen, die Beschäftigungsprobleme auf dem deutschen Arbeitsmarkt über Einwanderung zu lösen, die Frage stellen, was auf dem deutschen Arbeitsmarkt selbst nicht in Ordnung ist.

Sie können unsere Probleme nicht durch Zuwanderung zu lösen versuchen und gleichzeitig 3,8 Millionen Arbeitslose und weitere 1,5 Millionen Menschen in der Arbeitslosenreserve sozusagen stilllegen.

Die zweite Bedingung

lautet: Wenn wir Einwanderung wollen, dann brauchen wir ein Einwanderungs- und Integrationsgesetz. In diesem Gesetz müssen auch Maßstäbe aufgestellt und formuliert werden, die diejenigen einzuhalten haben, als Einwanderer in die Bundesrepublik Deutschland kommen.

Einen faulen Kompromiss in der Rentenreform wird es mit uns nicht geben

Wir haben Ihnen am 1. Juli dieses Jahres einen Brief geschrieben. In diesem Brief werden fünf Punkte genannt, die wir zur Bedingung machen, wenn wir mit Ihnen eine Reform der Rentenversicherung angehen sollen. Diese fünf Punkte gelten weiter, da es keine weiteren Bedingungen draufgesattelt, von diesen fünf Punkten werden wir aber auch nicht abgehen. Wir brauchen die private Vorsorge. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Lasten aufgrund der demographischen Entwicklung auf die Schultern aller Generationen in Deutschland und nicht eine Verlagerung der Lasten ausschließlich auf die Schul-

tern der jungen Generation. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie der Beitragssatz zur Rentenversicherung bei 20 Prozent stabilisiert werden kann.

Wenn Sie bereit sind, sich auf den von uns vorgeschlagenen Weg einzulassen, Herr Bundeskanzler, können wir auch zu einem Konsens kommen. Einen faulen Kompromiss tragen wir allerdings nicht mit.

Die brutalste Form der Selbstbeteiligung: der Leistungsausschluss

Zum Schluss die Sanierung der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland: Herr Bundeskanzler, das Zusammenwirken von demographischer Entwicklung und medizinisch-technischem Fortschritt birgt für die gesetzliche Krankenversicherung ein sehr hohes Kostenrisiko und kann geradezu zu einer Kostenexplosion führen. Die Unsicherheit hier ist wesentlich größer als die bezüglich der Rentenversicherung. Deswegen habe ich nur wenig Verständnis dafür, dass Sie erklärt haben, in dieser Legislaturperiode werde die Reform des Gesundheitswesens nicht angegangen.

Ich habe den Wahlkampf 1998 noch in guter Erinnerung. Dort haben Sie wegen Selbstbeteiligung und verschiedener Formen von Eigenverantwortung massiv gegen die Union Politik gemacht.

Wie sieht denn die Wahrheit zwei Jahre später aus? Sie haben das eine oder andere zurückgenommen, so die Medikamentenzahlungen um 1 oder 2 DM gekürzt. Mittlerweile müssen im Rahmen der Selbstbeteiligung aber mehr als ein Viertel der gesetzlich Krankenversicherten in Deutschland bei Arzneimitteln Zuzahlungen leisten, die wir ihnen in diesem Umfang nie zugemutet hätten.

Ein Drittel der Patienten erhält nach Stichprobennuntersuchungen der gesetzlichen Krankenversicherungen nicht die Leistungen, die sie medizinisch brauchen. Ich sage Ihnen, Herr Bundeskanzler: Die brutalste Form der Selbstbeteiligung ist der Leistungsausschluss, wie er gegenwärtig stattfindet.

[http://](http://www.cducusu.bundestag.de)

Den vollen Wortlaut der Rede des Fraktionsvorsitzenden finden Sie unter:
www.cducusu.bundestag.de

Die Zeit der Bruderkriege endgültig **überwinden**

Der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschuss Außen- und Sicherheitspolitik, Friedbert Pflüger, und das Mitglied des EU-Ausschusses des Deutschen Bundestages, Martina Krogmann, haben in Berlin den Beschluss „Europa vereinigen – Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung“ vorgestellt.

„Wir glauben, dass die Öffnung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa die wichtigste und schwierigste Aufgabe der deutschen Europa- und Außenpolitik in den nächsten Jahren ist“, erklärte Friedbert Pflüger. Nur wenige Entscheidungen hätten eine so weitreichende Bedeutung. Er betonte, es sei eine ungeheure Chance, alle Völker Europas zusammenzuführen und damit die Zeiten der Bruderkriege in Europa endgültig zu überwinden.

Die Osterweiterung werde in mehreren Wellen stattfinden. In diesem Zusammenhang stellte Pflüger klar, dass jedes beitragswillige Land die Kopenhagener Kriterien erfüllen müsse. Parallel zu den Bemühungen der Beitritts-

staaten habe die deutsche Politik die Aufgabe, die Menschen von den Vorteilen der EU-Erweiterung zu überzeugen: Vor allem die „dauerhafte Stabilität auf dem Kontinent“ liege im deutschen Interesse. Denn wie kein anderes Land in Europa würden die Deutschen unter Kriegen und unter Instabilität leiden. Diese Einsicht sei eine der wesentlichen Triebfedern gewesen, warum Deutschland unter der Führung von Helmut Kohl „Motor“ der europäischen Integration gewesen sei. Dadurch habe Deutschland einen „neuen guten Ruf in Mittel- und Osteuropa bekommen“.

Reformwille und Reformeifer dürfen nicht erlahmen

Friedbert Pflüger wies darauf hin, dass unter der französischen Präsidentschaft mit Zustimmung der Deutschen inzwischen weder entschieden noch rasch genug gehandelt werde. „Man guckt in Paris und in Berlin auf das Wahljahr 2002, will sich vorher in den wichtigen Kapiteln



M. Krogmann



F. Pflüger

nicht festlegen“. Demgegenüber sprach sich Pflüger dafür aus, auch die schwierigen Themen wie Freizügigkeit und Landwirtschaft unabhängig von Wahldaten zu behandeln. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass der „Reformwille und der Reformeifer“ in diesen Ländern erlahme: „Dann werden sich nationalistische und antieuropäische Kräfte durchsetzen“. Die CDU habe die große Chance, dazu beizutragen, dass der von den Kommunisten gesplante Kontinent heute wiedervereinigt werden könne. Dieses Ziel verfolge die Union seit Konrad Adenauer – bis heute.

„Wir wollten mit dem Papier den Startschuss geben für eine breite Debatte in der Partei und in der Öffentlichkeit über die Chancen und Herausforderungen der Osterweiterung“, betonte Martina Krog-

ANGELA MERKEL:

Vertriebenenpolitik ist ein **Beitrag** zur europäischen Einigung

Im Anschluss an ein Gespräch mit dem Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU (OMV) unter der Leitung des OMV-Vorsitzenden Helmut Sauer erklärte die Parteivorsitzende:

Die Vertriebenenverbände haben sich mit ihrer Arbeit in der Vergangenheit historische Verdienste erworben. Sie leisteten und leisten im Bereich der Integration der Heimatvertriebenen und Aussiedler Beachtliches. In der Vertretung berechtigter Interessen und in der Pflege des kulturellen Erbes wird die CDU weiterhin ein verlässlicher Partner sein.

Ich unterstütze nachdrücklich die Bemühungen des Bundes der Vertriebenen (BdV) zur Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibung. Wenn sich deutsche Heimatvertriebene aus ihrer

persönlichen Erfahrung heraus international für die Ächtung von Vertreibung und Gewalt einsetzen, so ist das ein zukunftsweisendes, unterstützenswertes Konzept. Im Blick auf das sich vereinende Europa kommt einer solchen Stiftung eine zunehmende Bedeutung zu.

Die mehr als zögerliche Haltung der SPD-Ministerpräsidenten und der Schröder-Regierung ist Ausdruck einer interessengesteuerten Vertriebenenpolitik. Dort, wo sich für Schröder eine Unterstützung in Wählerstimmen umwandeln lässt, wird er aktiv. Wo es aber um die Pflege von Kulturgut und Unterstützung deutschstämmiger Bevölkerungsgruppen im Ausland geht, glänzt er mit finanziellen Kürzungen und Untätigkeit. Schröder geht es nicht um die Menschen, sondern nur um die Macht. Die Bundesregierung ist aufgefordert,



A. Merkel



H. Sauer

die Anliegen der Vertriebenen ernst zu nehmen, sie angemessen zu gewichten und nicht zum Spielball wahlstrategischer Auseinandersetzungen zu machen.

In diesem Punkt zeigt sich einmal mehr, dass die führenden Sozialdemokraten zu Begriffen wie Heimat und Vaterland ein gebrochenes Verhältnis haben. Gerade in der Diskussion um die Erweiterung der Europäischen Union können die deutschen Volksgruppen und Minderheiten gute Botschafter eines vereinten Europas sein. So wie die OMV als Freund an der Seite der Vertriebenen steht, so steht die CDU an der Seite der OMV.

mann. Es gebe „diffuse Ängste“ in breiten Teilen der Öffentlichkeit in Bezug auf dieses Thema. Diese Entwicklung sei vor allem darauf

zurückzuführen, dass die Bundesregierung es versäumt habe, in den letzten Monaten eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu initiieren.

[http://](http://www.cdu.de/infonet)

Wortlaut der
Beschlüsse:
Dokumentation und
www.cdu.de/infonet

Bloße Ankündigung

■ Schon die bisherige Reduzierung des Bundeswehrpersonals hat lediglich dazu ausgereicht, die tarifvertraglichen Einkommensverbesserungen für die Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr zu finanzieren. Wie der Verteidigungsminister die voraussichtlichen Kosten des Personalabbaus in den nächsten zehn Jahren von über 500 Millionen Mark bezahlen will, bleibt sein Geheimnis. Paul Breuer, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wie vieles andere bleiben deshalb wohl auch Scharpings Pläne, ca. 10.000 Beamten der Bundeswehr den *goldenen Handschlag* zu geben, nur bloße Ankündigung.“

Revolutionärer Schritt

■ Frankreich hat sich bisher vehement gegen die Öffnung des nationalen Bahnnetzes gewehrt. Rot-Grün lehnt die Trennung von Netz und Betrieb weiterhin ab. Für die CDU/CSU ist der Wettbewerb auf der Schiene die Voraussetzung dafür, dass das *System Schiene* auf dem nationalen Verkehrsmarkt, auch im europäischen Verkehr, Zukunft hat und einen angemessenen Anteil am Modal Split der Verkehrsträger zurückgewinnt. Dirk Fischer und Eduard Lintner,

zuständig in der CDU/CSU für Verkehr, zur Einigung im Vermittlungsverfahren von EU-Ministerrat und -Parlament sind sich mit der EU-Verkehrskommissarin de Palacio einig: „Der erste Schritt zur Schaffung einer wirklichen europäischen Eisenbahn ist getan.“

Zum Beispiel Wasser

■ 520 Mitgliedsfirmen zählt der Verband unabhängig beratender Ingenieure und Consultants e.V. (VUBIC). Sie sind im In- und Ausland aktiv und erbringen Planungs- und Beratungsleistungen auf allen Gebieten der Technik und Wirtschaft. 1999 erwirtschafteten sie mit ihren rund 40.000 Mitarbeitern in Deutschland einen Honorarumsatz von ca. 6 Milliarden Mark. Die damit vorbereiteten Investitionen in nationalen und internationalen Projekten haben ein Volumen von rund 120 Milliarden Mark. Nach einem Gespräch zwischen dem Verband, vertreten durch seinen stellv. Vorstandsvorsitzenden, Ulrich Welter, und dem Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU erklärte dessen Vorsitzender Hansjürgen Doss: „Wir sind uns einig: Angesichts der schlechten Erfahrungen mit der Liberalisierung der Wasserwirtschaft in anderen eu-

ropäischen Ländern muss vor einem solchen Schritt auch bei uns gewarnt werden.“ Gerade die mittelständisch geprägte Struktur der deutschen Wasserwirtschaft habe bisher den hohen Qualitätsstandard unseres Wassers garantiert.

Im Vergleich zu hoch

■ Zu mehr Steuergerechtigkeit führt der Kompromiss in der Zinsbesteuerung, dem Luxemburg, Großbritannien und Österreich endlich zugestimmt haben. Zwei Bedingungen sind nach Meinung des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU/CSU aber noch zu erfüllen, bevor sich die Hoffnungen der EU-Finanzminister erfüllen. Gunnar Uldall: „■ Auch für *Steueroasen* außerhalb der EU müssen künftig vergleichbare Regelungen gelten. ■ Die deutsche Zinsabschlagsteuer von derzeit 30 Prozent ist im EU-Vergleich zu hoch und sollte auf 20 Prozent abgesenkt werden.“

Auch Anreize vorsehen

■ Mängel am Regierungsentwurf einer Energiesparverordnung hat der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU, Klaus Lippold, festgestellt. Deren Regelungen sind nicht nur übertrieben bürokratisch. Sie setzen auch zu einseitig auf das ökologische

Bewusstsein der Bürger. Für die Zustimmung der CDU/CSU „unabdingbare“ Voraussetzung: Anreize durch Zinsbezuschung und steuerliche Förderung vor allem für den Altbaubereich.

In's Trockene bringen

Die rot-grüne Bundesregierung muss endlich Klarheit darüber schaffen, welchen Anteil der Bund an der Finanzierung des Expo-Defizits aufbringen wird. Nachdem der Bundesfinanzminister Zusagen des Kanzlers – zwei Drittel Bund, ein Drittel Land – in Frage gestellt hat, fordert der Vorsitzende der CDU/CSU, Friedrich Merz, die rot-grüne Bundesregierung auf, zu ihrem Wort zu stehen: „Die Expo ist eine nationale Veranstaltung gewesen, die ein tolerantes und weltoffenes Deutschland gezeigt hat. Man kann deshalb Niederlagen nicht im Regen stehen lassen.“

Gesetzesverletzung

Im demokratischen Staat entscheidet nur das dafür zuständige staatliche Organ darüber, wer als politisch verfolgt gilt und deshalb das Asylrecht für sich Anspruch nehmen kann. Wenn die Bundesjustizministerin jetzt das so genannte Kirchenasyl legalisieren will, fehlt dafür

„jedwede Grundlage“. Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Zwar kann man einem Pfarrer oder Mitgliedern einer Kirchengemeinde, die illegalen Flüchtlingen Zuflucht gewähren oder sie vor dem Staat verborgen halten, ein ehrenwertes Motiv zu Gute halten. Sie untergraben damit jedoch in nicht hinzunehmender Weise das staatliche Verfahren.“

Volle Proportionalität

Mit wachsendem Befremden nimmt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion öffentliche Äußerungen führender französischer Politiker gegen eine Berücksichtigung der Bevölkerungszahl bei Abstimmungen im EU-Ministerrat zur Kenntnis. Über 20 Millionen Bürger unberücksichtigt lassen, ist eine Einschränkung des Demokratieprinzips. Peter Hintze, europapolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Der Übergang vom Einstimmigkeitszwang zu Mehrheitsabstimmungen im Ministerrat ist für uns der wichtigste Tagesordnungspunkt des Europäischen Rats in Nizza. Ohne ihn wird sich weder die Osterweiterung noch die Stärkung des Euroa meistern lassen. Unsere Forderung: Volle Proportionalität – bei vier Grundmandaten für jedes Land, da-

mit jede Wählerstimme gleiches Gewicht hat.“

Eigentor von Pro 7

Was Pro 7 in der *Ingo Apelt Show* zum Thema *Was wir an Kindern mögen und was wir an ihnen hassen* am 23. September als Unterhaltung präsentiert, ist ein neuer Tiefpunkt der an Zumutungen nicht eben armen Fernsehunterhaltung und wirft ein grelles Licht auf Art und Mittel, mit denen die boomende Sparte *Comedy* mit Inhalten versorgt wird.

Wenn Puppen in der Größe von Säuglingen erst mit Namen vorgestellt werden, um dann mit ihnen ein Torwandschießen zu veranstalten, werden sicher nicht nur Geschmacksgrenzen überschritten, sondern Verhaltensmuster inszeniert, über deren verheerende Wirkung es im Kontext von Kindesmisshandlungen kaum Zweifel geben kann. Norbert Lammert, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Dass ein Sender die eigene *geschmackliche Entgleisung* einsieht, verdient Respekt. Dass die Programmverantwortlichen die Sendung absetzen, lässt hoffen, dass endlich ein Nachdenken über mögliche und unmögliche Inhalte bei der Fernsehunterhaltung einsetzt.“ **UD**

Augenwischerei bei „schmutzigem Strom“

Zur wettbewerbsnahen, marktwirtschaftlichen und innovationsfreundlichen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung erklärten der Berichtstatter für Fragen des Wettbewerbs- und Kartellrechts der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und der umweltpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag:

Es zeichnet sich immer mehr ab, dass die rot-grüne Bundesregierung mit gesetzgeberischen Schritten wie Stromsteuern, ökologisch unsinnigem Kernenergie-Ausstieg, Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und KWK-Vorschaltgesetz die Früchte der Liberalisierung der alten Regierung zu Lasten der privaten Verbraucher und der Wirtschaft wieder einsammeln will. Bundeswirtschaftsminister Müller scheint fest entschlossen, den Import von sogenanntem „schmutzigen Strom“ zu verbieten und so den deutschen Strommarkt abzuschotten – ein technisch wie europarechtlich gänzlich undurchführbares Unterfangen.

Der Wettstreit um immer schnelleres Drehen der In-

terventionsspirale wird von der rot-grünen Bundesregierung weiter angetrieben. Der jetzigen Bundesregierung fehlt in der Energiepolitik eine klare ordnungspolitische und marktwirtschaftliche Ausrichtung.

Als ob die Liste der Zumutungen für Verbraucher und Wirtschaft nicht bereits lang genug wäre, will das Wirtschaftsministerium nach dem Scheitern des Kanzlergesprächs mit den Energieunternehmen bis Jahresende in der Nachfolge des KWK-Vorschaltgesetzes Eckpunkte der geplanten neuen Quotenregelung für die Kraft-Wärme-Kopplung vorlegen und damit weiter an der Interventionschranke drehen.

In ihrem Gegenkonzept zur wettbewerbsnahen, marktwirtschaftlichen und innovationsfreundlichen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung legt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion demgegenüber folgenden Forderungskatalog vor:

- Aufgabe der Pläne zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung mittels Quoten-/Zertifikatshandel.
- Keine starren Zielvorgaben wie die Verdopplung

der gekoppelten Stromerzeugung als staatlicher Handlungsauftrag.

- Keine weitere Belastung der Verbraucher und der Wirtschaft durch zusätzliche KWK-Subventionierungen.
- Planungssicherheit für kommunale und private Energieunternehmen bei der Entwicklung wirtschaftlich und ökologisch nachhaltiger Energieerzeugung.
- Die Förderung existierender KWK-Anlagen ist so zu ändern, dass diese an ökologische Kriterien (z. B. Monatsnutzungsgrad von mindestens 60% bei monatlicher Abrechnung) gebunden sowie zeitlich befristet und degressiv ausgestaltet werden, damit veraltete KWK-Anlagen nicht zu Lasten der Umwelt und Stromkunden künstlich länger betrieben werden.

Der ausführliche Entschließungsantrag „Kraft-Wärme-Kopplung im Wettbewerb stärken“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann über die Pressestelle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bezogen werden:
0 30/22 75 23 60

Herstellung fairen Wettbewerbs in der EU für die **deutsche Werftindustrie**

■ Der Marktanteil südkoreanischer Werften am Welthandelsschiffbau hat sich nach Darstellung der von der EU-Kommission vorgelegten drei Marktberichte deutlich weiter erhöht und betrug in den ersten acht Monaten des Jahres 2000 auf Basis der gewichteten Schiffstonnage (CGT) über 40%. Im Marktsegment der Containerschiffe, dem wichtigsten Volumenmarkt europäischer Werften, stieg der Marktanteil Koreas auf über 60%, im Bereich der Großcontainerschiffe sogar auf 80%.

■ Die EU-Kommission bestätigt in ihrem „Dritten Bericht der Kommission an den Rat zur Lage des Weltmarktes im Schiffbausektor“, dass koreanische Werften ihre Akquisitionserfolge durch Abschlüsse zu nicht kostendeckenden Preisen erzielten.

■ Die südkoreanische Regierung sah sich bisher nicht in der Lage, die Maßnahmen im Rahmen der „Agreed minutes“ gegenüber den koreanischen Unternehmen durchzusetzen.

■ Um dem laufenden Verfahren zur Durchsetzung der Forderung nach marktwirtschaftlichen Verhaltensweisen in Südkorea Nachdruck zu verleihen, ist das Instrument der Abwehrbeihilfen innerhalb der EU bis zur Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen aufrecht zu erhalten.

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, durch sofortige effektive Maßnahmen bei der EU-Kommission in Brüssel darauf zu drängen, dass:

■ diese den ihr vom Ministerrat im November 1999 erteilten Verhandlungsauftrag mit der südkoreanischen Regierung nachdrücklich und energisch weiterführt,

■ die getroffenen Vereinbarungen der „Agreed minutes“ von der koreanischen Regierung eingefordert werden, damit koreanischen Werften keine Wettbewerbsvorteile von staatlicher Seite gewährt werden,

■ entsprechend dem „Drit-

ten Bericht der Kommission an den Rat zur Lage des Weltmarktes im Schiffbausektor“ vom 15. November 2000 bis zur Klärung in bilateralen Verhandlungen oder auf dem Klageweg vor der WTO die bewährten Abwehrinstrumente zum Schutz der EU-Werftindustrie aufrecht erhalten bleiben,

■ die Verordnung 1540/98 des Rates zur Beihilfegewährung für Neu- und Umbauten von Schiffen innerhalb der EU bis zur Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen verlängert wird.

Dieser Antrags-Entwurf sollte ursprünglich zur Sitzung des europäischen Ministerrats am 5. Dezember im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags unterstützt werden. Da der Wirtschaftsausschuss erst am 6. Dezember tagte, kam die Entschließung zu spät. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird den Entwurf erneut einbringen.



SPD-FINANZEN

Bauernschlau

Die SPD verhält sich bezüglich ihres Unternehmensvermögens so wie ein Bauer, der von seinen „steinigen Äckern“ spricht, die längst Bauland sind und durch deren einfallsreiche Verwertung der Eigentümer seinen Hof aufpoliert. Mit 17,8 Millionen Mark stehen die Druckereien und Verlage der SPD in der „öffentlichen Rechenschaft“, ihr gegenwärtiger Wert wird jedoch von Fachleuten auf eine bis gar auf drei Milliarden Mark geschätzt. So hat es das Parteiengesetz mit der „Buchführung unter Berücksichtigung des Gesetzeszweckes“ nicht gemeint. Was dieses Verfahren für die politische Ehrlichkeit bedeutet, läßt sich an einer Gegenüberstellung dessen ablesen, was die SPD der hessischen CDU ankreidet. Diese habe ihren Wahlkampf zum Teil aus unangewiesenem Vermögen finanziert, lautet der rot-grüne Vorwurf. Die SPD jedoch

„saldiert“ Unternehmens-einnahmen mit Hausbaukosten – im Volksmund: rechnet ihr Vermögen klein – und gibt sich nach außen als bescheidener Verein, während sie in Wirklichkeit für ihre Parteiarbeit aus dem vollem schöpft.

Frankfurter Allgemeine

Hinter Schleiern

Wer je nach Beispielen dafür suchte, wie egal einer deutschen Partei das Transparenzgebot des Grundgesetzes wirklich ist, wurde von der SPD-Schatzmeisterin gut bedient. Äußerst kreativ ist die Art und Weise, wie ihre Partei das Unternehmensimperium organisiert, bemerkenswert auch die Chuzpe, mit der sie treuherzig versichert, alles ginge mit rechten Dingen zu. Die sozialdemokratische Grundidee in Sachen Parteivermögen ist ebenso einfach wie anmaßend: Die Partei ist an Dutzenden von Firmen beteiligt, einige gehören ihr sogar ganz und gar, ihre Schatzmeisterin sitzt für sie als Treuhänderin in den Gesellschafterversammlungen, die

Gewinne schöpft sie ab – aber sie will der Öffentlichkeit weismachen, sie habe mit den Unternehmen nichts, abe- auch gar nichts zu tun. Zumindest war sie in all ihren Zeitungshäusern, Druckereien, Agenturen und Verwaltungsgesellschaften niemals unternehmerisch tätig. Zudem organisiert sie sich ihre eigene Wirtschaftsprüferfirma, die ihr dann korrektes Verhalten testiert. Damit diese heikle Konstruktion in der von Parteispendenskandalen sensibilisierten Öffentlichkeit Bestand hat, wird viel getan: Keiner bekommt die Akten zu sehen, Geschäftsabschlüsse werden nicht veröffentlicht, noch nicht einmal die Mitglieder des zentralen SPD-Kontrollorgans „Treuhandaufsichtsrat“ dürfen publik werden. Dazu gehört natürlich auch, die Erträge unterschiedlicher Einnahmequellen so lange mit anderen Ausgaben zu verrechnen, bis nur noch ein Handgeld übrig bleibt, das dann in den Rechenschaftsberichten auftaucht. Parteiengesetz? Grundgesetz? Diese Partei ist sich selbst Gesetz genug. Ehrenwort! Die Welt



Politisch unsauber

Wenn eine ihrer Dachgesellschaften im Wahljahr 1998 über 18 Millionen Mark an die Partei überweist, liegt es nahe, dahinter eine Finanzsprütze für den teuren Wahlkampf zu vermuten. Ein direkter Einfluss der SPD-Führung auf die 27 Betriebe ihrer Holdings ist weder nachweisbar noch notwendig. Es reicht ja, dass Wettig-Danielmeier als Schatzmeisterin der Partei und als Treuhänderin des Unternehmensbereiches eine Doppelrolle hat und bei Bedarf die Hüte wechseln kann. Die komplizierte Konstruktion der sozialdemokratischen

Teiligungen mag rechtlich einwandfrei sein, politisch sauber ist sie nicht.

Berliner Zeitung

ROT-GRÜN

Im Stau

Das Gezerre zwischen SPD und Grünen in der Berliner Regierungskoalition

wird langsam so nervötend wie die ständigen Streitereien zwischen Union und FDP in den letzten Jahren der Regierung Kohl. Rot-Grün wirkt zurzeit wie gelähmt. Bisher hatte es Kanzler Schröder immer verstanden, bei Koalitionskrisen den Grünen den schwarzen Peter zuzuschreiben, sie als Querulanten und Amateure erscheinen zu lassen. Bei der Entfernungspauschale wird ihm das erstmals nicht gelingen. Denn die Grünen haben Recht. Erstens in der Form: Schröder hatte eine Gleichbehandlung von Autofahrern und Bahn- und Busfahrern versprochen, sein Kungelkompromiss mit den SPD-Ministerpräsidenten zugunsten der Autofahrer widerspricht dem gemeinsamen Willen der Koalition. Und zweitens haben die Grünen auch in der Sache Recht. Wer umweltfreundliche Politik machen will, muss die krisengeplagte Bahn stärken. Der erste Schritt dazu wäre eine Entfernungspauschale für Pendler, die Bahnfahrten attraktiv macht.

Bild am Sonntag

KARLSRUHE

Warum Umzug?

Es gibt keinen vernünftigen Grund, weshalb das Verfassungsgericht nach Berlin oder in die unmittelbare Umgebung von Berlin ziehen sollte. Es hätte nach der deutschen Einigung schon gute Gründe gegeben, dass eines der beiden Karlsruher Bundesgerichte in die neuen Länder gezogen wäre. Nicht Berlin, wohl aber andere Regionen in den neuen Ländern könnten die Aufwertung durchaus gebrauchen, die mit der Ansiedlung eines wichtigen Gerichts ebenso verbunden ist wie mit der Ansiedlung eines Unternehmens. Vor allem aber würde es den Richtern nichts schaden, wenn sie im Alltag den etwas raueren Wind kennen lernen würden, der in den neuen Ländern mit den dort eigenen Problemen weht. Man merkt manchen Karlsruher Entscheidungen an, dass sie in einem Schonklima entstanden sind. Aber wer will schon nach Leipzig? Stuttgarter Zeitung

Unsere Vorstellungen liegen auf dem Tisch. Jetzt öffentlich darüber **diskutieren!**

Unter der Überschrift „Politik gestalten – Mecklenburg-Vorpommern voran bringen“ hat die CDU Mecklenburg-Vorpommern ihre Zukunftsoffensive ins Internet eingestellt. Damit lädt die CDU Mecklenburg-Vorpommern Institutionen, Verbände, Vereine und Bürger zur Diskussion über die künftigen Schwerpunkte der Landespolitik ein.

Das Land im Nordosten der Bundesrepublik steht vor enormen Herausforderungen. Um die Chancen und Perspektiven zu ergreifen, ist eine zupackende Landespolitik notwendig, die engagiert und durchsetzungsstark die Interessen des Landes vertritt. Denn wer Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland und als eigenständige Region innerhalb der europäischen Union will, muss zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung bereit sein.

Die Landesvorsitzende, Steffie Schnoor, machte deutlich, dass die CDU nach der Landtagswahl 2002 wie-

der stärkste politische Kraft im Land sein wolle. Deshalb beginne man mit der Vorlage der Zukunftsoffensive in der Mitte der Legislaturperiode die Diskussion über die Schwerpunkte des Wahlprogramms der CDU für die Landtagswahl. Dies werde mit dazu beitragen, dass die Menschen in der CDU die klare Alternative zu SPD/PDS erkennen. Über die Zukunftsoffensive solle in der Partei, mit Verbänden und Vereinen und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden.

Menschen begeistern

Schwerpunkt der Arbeit der CDU wird es sein, mehr Menschen für Mecklenburg-Vorpommern zu begeistern. So soll das Land gerade für junge Menschen attraktiver werden. Dazu werden eine ganze Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die neue Schwerpunktsetzungen im Landshaushalt notwendig werden lassen.

So solle der erste Arbeitsmarkt wieder Priorität erhalten. In der Bildungspro-

litik schlägt die CDU eine Herabsetzung der Klassenfrequenzen, eine bessere Ausstattung der Schulen und eine stärkere Differenzierung der Schulträger vor. Das Abitur nach 12 Jahren und zentrale Prüfungsvorgaben in allen Schultypen sind für die Landespartei selbstverständlich. Um den Universitäten und Fachhochschulen Freiräume zu geben, sollen diese weitgehende Autonomie erhalten. Daneben soll ein Landespreis für hervorragende wissenschaftliche Ergebnisse, die zur Wertschöpfung im Land beitragen, in Höhe von 1 Mio. DM gestiftet werden.

Durch eine höhere Präsenz der Polizei vor Ort soll die innere Sicherheit verbessert werden. Daneben will die CDU die geschlossene Unterbringung durchsetzen, Jugendarreststrafen verschärfen und dafür sorgen, daß jugendliche Gewalttäter zwischen 18 und 21 nach Erwachsenenstrafrecht behandelt werden.

[http://](http://www.cdu-mv.de)

Wortlaut der
Zukunftsoffensive:
www.cdu-mv.de

„Zukunft Mitte“ – Zeichen gesetzt und unsern Standpunkt verdeutlicht

Mit einem Inhalts-Parteitag unter dem Motto „Zukunft Mitte“ rundete der Landesverband Berlin das politische Jahr im Berliner ICC ab. Trotz aller Turbulenzen ein sehr erfolgreiches Jahr für die Hauptstadt-Union.

Mit dem Parteitag wurde gleichzeitig die sechsmonatige Mitglieder-Werbeaktion abgeschlossen und die erfolgreichsten Ortsverbände prämiert. Seit Anfang Juli konnte die Berliner CDU über 1300 Neumitglieder werben, was von Generalsekretär Ingo Schmitt als klare Bestätigung des Erfolgskurses gewertet wurde.

Zu Gast war nicht nur Angela Merkel, die nach ihrer Rundsatzrede großen Beifall von den 400 Delegierten und zahlreichen Gästen erhielt. An der anschließenden Podiumsdiskussion zum Parteitagsthema nahmen unter anderem der bekannte Historiker und Publizist Prof. Arnulf Baring, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Nachama, sowie Vertreter der Evangelischen Kirche und des Landessportbundes teil.

Unter Leitung des Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden, Klaus Landowsky, wurde intensiv über die Position der gesellschaftlichen Mitte und deren Abgrenzung gegenüber Radikalen jeder Couleur diskutiert. Damit verbunden war auch eine sehr sachliche Aussprache über den Begriff der „Deutschen Leitkultur“. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang der gegenwärtige Versuch der politischen Linken, Begriffe und Diskussionen zu

vereinnahmen oder mit Tabus zu belegen.

„Die aktuellen Probleme unseres Landes müssen in der politischen Mitte diskutiert und Lösungen dort gefunden werden“, so der Berliner Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister, Eberhard Diepgen. „Mit diesem Parteitag wollen wir ein Zeichen setzen und unseren Standpunkt verdeutlichen: Mit Extremisten von rechts und von links ist kein Staat zu machen.“

BUCHTIPP

Karl-Heinz Hornhues: Deutschland einig Vaterland ...! – meine Fußnoten zur Deutschen Einheit

„Keine politischen Enthüllungsgeschichten, sondern ein diskreter Blick hinter die Kulissen der Deutschen Einheit.“ Mit diesem Satz beschrieb Lothar de Maizière, letzter Ministerpräsident der DDR, das Buch des Osnabrücker CDU-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hornhues „Deutschland einig Vaterland...!“ Als

stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war Karl-Heinz Hornhues 1989/1990 insbesondere mit der Außen- und Sicherheitspolitik betraut und damit aktiv in die Gestaltung der Deutschen Einheit mit eingebunden.

In seinem ca. 200-seitigem Buch beschreibt der engagierte Außenpolitiker die rasanten politischen Umwälzungen zwischen Oktober 1989 und Oktober 1990 und gewährt einen seltenen Blick „hinter die politischen Kulissen“.

Staatsmann von europäischem Rang, **Persönlichkeit** von geschichtlicher Größe

Der „Alte“ hieß er schon zu Lebzeiten. Und er ist immer noch ganz schön aktuell, Konrad Adenauer (1876–1967), der erste Kanzler (1949–1963) der Bundesrepublik Deutschland. Selbst junge Leute finden Spaß an ihm. Richtig „kultig“ sieht er aus im neuen Logo der KAS.

Am 5. Januar 2001 jährt sich der Geburtstag Konrad Adenauers zum 125. Mal. Grundlegende Weichenstellungen seiner Kanzlerschaft bestimmen bis heute die innere Struktur und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland. Er gilt als „Architekt der Bundesrepublik Deutschland, als Staatsmann von europäischem Rang und Persönlichkeit von geschichtlicher Größe“ (Willy Brandt, 1967).

Seine Leistungen können sich sehen lassen: Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Montanmitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz, Bausparprämien-gesetz, Kindergeld, Dynamisierung der Rente, Sparprämien-gesetz, Ausgabe von Volksaktien, Gesetz über Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand,



Bundessozialhilfegesetz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – alles Adenauer. Der Eintritt der Bundesrepublik in den Kreis der westlichen Demokratien, das europäische Einigungswerk und die deutsch-französische Aussöhnung – Adenauer, Adenauer, Adenauer. Der Wiederaufbau Westdeutschlands, die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft, die Bewältigung der Kriegsfolgenlasten – alles unter Adenauers Kanzlerschaft. Die CDU, 1945 aus einer spontanen Gründungswelle hervorgegangen, stieg mit Adenauer als „Kanzlerpartei“ auf zur erfolgreichsten Regierungspartei Deutschlands. Sie hat mit Adenauer dazu beigetragen, dass wir eine stabile Demokratie in Deutschland haben.

Und auch das ist Adenauer

„Das deutsche Volk“ – erklärte er wenige Wochen nach seiner Wahl 1949 in einem Interview – „ist gewillt, das Unrecht, das in seinem Namen durch ein verbrecherisches Regime an den Juden verübt wurde, so weit wiedergutzumachen, wie dies nur möglich ist, nachdem Millionen Leben unwiederbringlich vernichtet sind.“

Adenauer war ein Glücksfall für Deutschland nach der Katastrophe des Nationalsozialismus. Er brachte politische Erfahrung mit aus drei Epochen deutscher Geschichte, als er Kanzler wurde, und er zog daraus Lehren für die Zukunft der Deutschen. Er hatte den Untergang des Bismarckreiches erlebt, das Scheitern der Weimarer Republik, die Unrechtsherrschaft des Nationalsozialismus, den Wahnsinn des „totalen Krieges“, Zerstörung und Niederlage, Besatzung und maßloses Elend. Er selbst hatte unter den Nazis Ausgrenzung und Verfolgung erfahren.

Schule Stadtpolitik

Als Beigeordneter (1906–1917) und langjähriger Oberbürgermeister (1917–1933) seiner Heimatstadt Köln hatte Adenauer eine praktische Schule der Politik durchlaufen. Er war zugleich, als Repräsentant einer Großstadt und Präsident des Preußischen Staatsrates (1921–1933), in die „große“ Politik hineingewachsen. Als Kanzler und Parteivorsitzender pflegte er die Tätigkeit auf kommunaler Ebene als „beste Schule für junge Politiker“ zu bezeichnen. Dort werde Demokratie ganz

praktisch erfahren. Er lege „größten Wert darauf,



dass diejenigen, die in die größere Politik gehen wollen, zuerst einmal anfangen sollen bei der kleinen, d.h. bei der kommunalen Selbstverwaltung“.

Ganz schön aktuell, der „alte“ Adenauer. Und darauf bauen wir auf.

Zukunft ist Herkunft. Alles Gegenwärtige hat Voraussetzungen. Politik kann Zukunft erfolgreich nur gestalten, wenn sie die Voraussetzungen der Gegenwart kennt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird im Adenauer-Jahr 2001 mit einer Reihe von Veranstaltungen das Leben und Werk Konrad Adenauers würdigen.

Informationen und Materialien stehen im Internet unter www.kas.de zur Verfügung.

Buchtipp:
Konrad Adenauer: Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung. Reden und Gespräche 1946 - 1967.
 Hrsg. v. Felix Becker.
 Böhlau Verlag
 Köln-Weimar-Wien
 1998

Jetzt **kostenlos** testen

„Eine eigene Homepage ist aufwendig, kompliziert und teuer. Das lohnt sich für uns nicht!“ Dieser Standpunkt war bis vor kurzem noch weit verbreitet. Mittlerweile hat sich das jedoch geändert. Zwar wird auch die Wahl 2002 im Netz noch nicht gewonnen, sie kann dort aber verloren werden.

Für die CDU ist es wichtig, auf allen Ebenen online präsent zu sein. Denn immer mehr Menschen im Internet interessieren sich für Politik und für die Auftritte und Äußerungen der Parteien. Daher plant die CDU-Bundesgeschäftsstelle zusammen mit der Firma INTECH-Werbedesign, alle CDU-Verbände ins Internet zu bringen. Anfang des kommenden Jahres werden automatisch alle Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände mit Standard-Seiten ins Internet gebracht. Die Verbände können das Angebot dann testen und sich für oder gegen eine Übernahme der Seiten entscheiden.

Das System der Firma INTECH ermöglicht die Erstellung und Pflege eigener Internet-Seiten ganz

ohne Programmierkenntnisse. Wie so ein Auftritt aussehen kann, können Sie unter www.musterstadt.cdu.de begutachten. Dort haben wir den fiktiven Stadtverband Musterstadt mit eigenen Internet-Seiten ins Netz gebracht. Neben einigen Erläuterungen zum Angebot der Bundesge-

ster angewiesen sind. Bei dem von der Bundesgeschäftsstelle in Kooperation mit INTECH erstellten Angebot entstehen pro Jahr Kosten von 300,-. Diese Bedingungen gelten auch für die Vereinigungen und CDU-Kandidaten. Auf einzelnen Seiten innerhalb des Auftritts können zen-

SCHON HEUTE INS INTERNET?

Kein Problem! Nehmen Sie teil!

Besuchen Sie die Seite www.musterstadt.cdu.de. Dort erfahren Sie mehr über das Angebot der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Sie können das angebotene Redaktionsprogramm unverbindlich testen und haben noch bis Ende Dezember die Möglichkeit, als „Pionier-Verband“ an dem Service

teilzunehmen. Kostenlos können Sie dabei für acht Wochen eigene Internet-Seiten für Ihren Verband aufbauen und pflegen. Erst anschließend müssen Sie entscheiden, ob dieses Angebot für Ihren Verband das richtige ist. Für Rückfragen nutzen Sie bitte die E-Mail-Adresse: CDUnet@cdu.de

geschäftsstelle finden Sie unter dieser Adresse auch allgemeine Tipps für einen gelungenen Internet-Auftritt.

Das einfach zu bedienende Redaktionssystem der Firma INTECH ist hilfreich, da die Verbände so bei der Aktualisierung nicht auf externe Dienstlei-

tral Informationen aus der Bundesgeschäftsstelle und den jeweiligen Landesgeschäftsstellen eingestellt werden. So enthalten die Seiten stets tagesaktuelle Neuigkeiten und sind eine attraktive Anlaufstelle für interessierte Bürger im Netz.

CORDIA GROSSMANN

CDU-Erftkreis - Parteireformen in den 90er Jahren

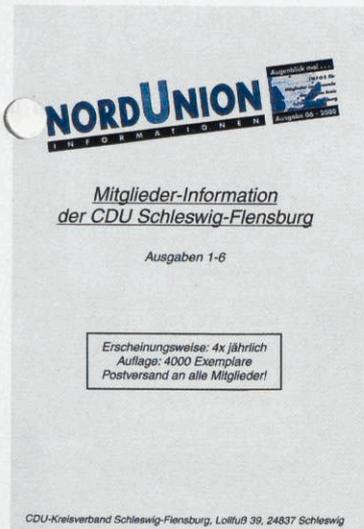
SCHRIFTENREIHE DER CDU-ERFTKREIS

Die CDU Erftkreis hat unter dem Titel „CDU Erftkreis – Partei-reformen in den 90 Jahren“ eine wissenschaftliche Studie in Form einer umfangreichen Broschüre vorgelegt. Der größte Reformschritt war die Umwandlung von der sogenannten „Gremienpartei“ in eine „Mitgliederpartei“: Alle Delegiertensysteme sind abgeschafft. Ein weiteres, positives Ergebnis ist die Ämterbegrenzung. Es ist der CDU Erftkreis gelungen, mit einer „3-Ämter-Regelung“, d.h. jedes Mitglied kann maximal 3 Ämter bekleiden, die Anzahl der Funktionsträger deutlich zu erhöhen. Die Bestrebungen innerhalb des Kreisverbandes haben deutliche Auswirkungen in die Gesamtpartei gezeigt: Viele Kreisverbände haben ebenfalls eine Parteireform vor Ort durchgeführt. Die Überlegungen auf Landes- und Bundesebene basieren auf den Reformen innerhalb der CDU Erftkreis.

Die Broschüre kann über das
CDU-Bürgertelefon 0 22 34/1 71 19
bestellt werden.

Die „Mitteilungen“ gibt der Kreisverband Schleswig-Flensburg viermal im Jahr per Postversand an seine Mitglieder und an Freunde der CDU heraus. Die „bunte“ Mischung politischer Informationen und Angebote hat sich bewährt und macht diese „Mini-zeitung“ zu einem wichtigen Instrument der Mitgliederbindung und Mitgliederwerbung. Auflage: 4.000 Exemplare.

TIPPS FÜR DIE PARTEIARBEIT

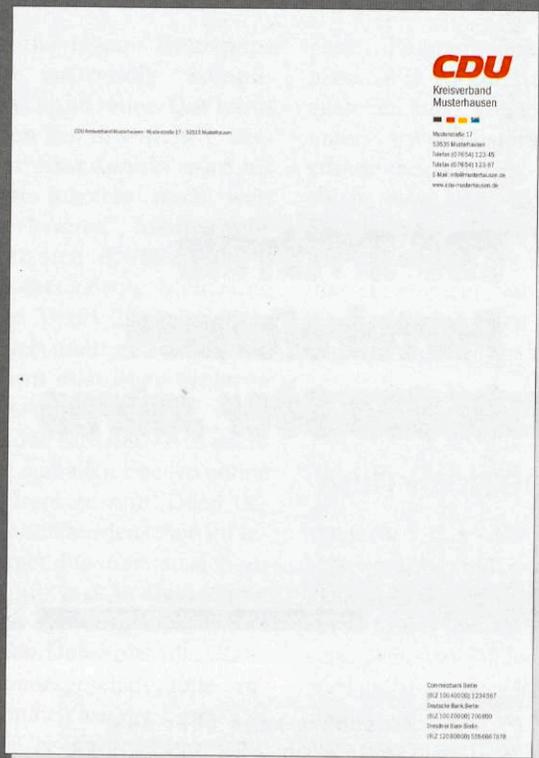


Zeigen Sie sich als CDU von Ihrer besten Seite!

UBG



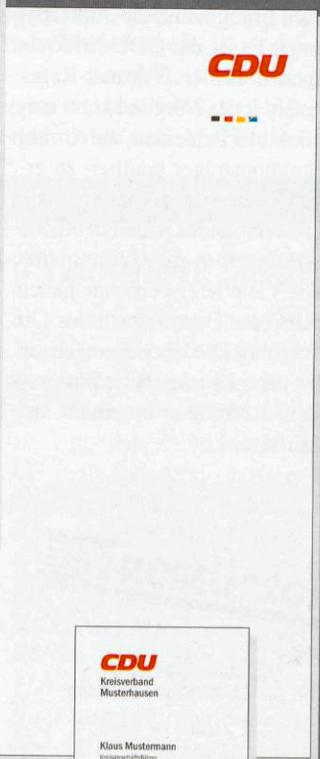
Medienzentrum



Briefbogen mit individuellem Eindruck
Format DIN A4
Bestell-Nr.: 003

Eine Organisation zeigt ihre Geschlossenheit durch ein einheitliches Auftreten nach außen. Hier möchten wir Ihnen behilflich sein. Wir haben für Sie eine Grundausstattung geschaffen, die dies ermöglicht und sich dem Erscheinungsbild der CDU Bundesgeschäftsstelle anpasst.

Briefbogen neutral
Format DIN A4
Bestell-Nr.: 002



Visitenkarte
mit individuellem Eindruck
Format 8,5 x 5,5 cm
Bestell-Nr.: 001



Unsere aktuelle Preisliste

Produkt	Auflage	Preis
Briefbogen neutral, 4farbig	pro 1.000	60,-
Briefbogen mit Eindruck inkl. Satz 4farbig	pro 1.000	140,-
Visitenkarten mit Eindruck inkl. Satz 4farbig	pro 100	70,-

Weitere Produktvorschläge für „Ihre beste Seite“ sind in der Entwicklung, wir nehmen auch gerne Anregungen Ihrerseits entgegen.

Wenn wir Sie neugierig gemacht haben, dann rufen Sie einfach an oder schreiben, faxen, mailen Sie uns.

Ihre Ansprechpartner sind:

Dieter Herzig · Telefon 022 26/802-300

Sonja Bach-Meiers · Telefon 022 26/802-301

Unsere Anschrift:

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach

Telefax 022 26/802-3 33 · e-mail: druckerei@ubg-medienzentrum.de

**Wir wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest
und einen guten Start in das Jahr 2001!**

Ihr Team vom UBG-Medienzentrum



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

*Die neue
Broschüre der
Frauen Union
zum Thema
Rente ist da!*

Bestell-Nr. 5703

Preis: 5,-DM
je Verpackungseinheit
(5 Expl.)

Rentenpläne 2000

Gerechtigkeitslücke bei den Frauen

